

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE WISSMANN

Mai 2017

www.kas.de/frankreich

Kampf der politischen Gegensätze

VOR DER ZWEITEN RUNDE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN FRANKREICH

Am 7. Mai kommt es in Frankreich zur Stichwahl zwischen dem unabhängigen Kandidaten Emmanuel Macron und der Rechtspopulistin Marine Le Pen. Zuvor war Macron mit 24,01 Prozent der Stimmen aus dem ersten Wahlgang am 23. April hervorgegangen, während Rivalin Le Pen 21,3 Prozent der Stimmen holen konnte. Umfragen sehen Macron mit rund 60 Prozent klar vor Marine Le Pen, die ihm mit knapp 40 Prozent im zweiten Wahlgang klar unterliegen soll.¹ Angesichts dieser Zahlen macht sich zunächst Erleichterung breit bei den gemäßigten Wählern und Politikern.

„Barrage“ gegen Le Pen

Gewonnen ist der Kampf für Macron jedoch noch nicht, denn die Mehrheit der Stimmen hat er nur sicher, wenn sich viele Anhänger der in der ersten Runde ausgeschiedenen Kandidaten in der Stichwahl für ihn entscheiden. Gleich nach dem ersten Wahlgang begann Macron damit, Gespräche zur Bildung eines parteiübergeordneten Bündnisses zu führen. Dieses soll ihm nicht nur einen Erfolg bei der Stichwahl, sondern auch eine ausreichende Unterstützung bei den anschließenden Parlamentswahlen im Juni sichern.

Der Kandidat der Républicains François Fillon und der Sozialist Benoît Hamon riefen noch am Wahlabend der ersten Runde dazu auf, in der Stichwahl Macron zu wählen. Auch die ehemaligen Premierminister Manuel Valls, Jean-Pierre Raffarin und Alain Juppé unterstützen den unabhängigen Kandidaten. Am Montag nach dem ersten Wahlgang folgte dann die Empfehlung von Staatspräsident François Hollande für

Macron. Auch der frühere Präsident Nicolas Sarkozy unterstützt Macron. Zahlreiche Organisationen, Gewerkschaften und der Lehrerbund machen es den Politikern gleich und riefen zur „barrage“ gegen Marine Le Pen auf. Enttäuschend ist in diesem Zusammenhang die Haltung der katholischen Bischöfe: Sie konnten sich nicht zu einer gemeinsamen Erklärung durchringen und stehen dafür in Frankreich derzeit in der Kritik.

Anders als beim überraschenden Einzug von Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl 2002 stehen nicht alle politischen und gesellschaftlichen Akteure geschlossen zusammen, um einen Wahlsieg der Rechtsextremen zu verhindern. So weigert sich auch der Vorsitzende der Linkspartei, Jean-Luc Mélenchon („France insoumise“), beharrlich, eine Wahlempfehlung an seine Wähler abzugeben – immerhin hat er am 23. April über 19 Prozent der Stimmen erhalten und war damit knapp hinter François Fillon auf Platz 4 gelandet. Unter dem Hashtag #Sansmoile7mai („Ohne mich am 7. Mai“) plädieren Mélenchon-Anhänger auf Twitter für Wahlverweigerung. Gleichzeitig rufen einzelne Politiker der konservativen Parti chrétien démocrate (Christliche Demokratische Partei) zur Wahl von Le Pen auf, um Macrons Chancen zu minimieren – allen voran Sarkozys ehemalige Wohnungsministerin Christine Boutin.

Die Folgen könnten Macron in der Stichwahl zum Verhängnis werden, denn die Kombination aus Wahlverweigerern und einer aktiven Wählerwanderung aus dem konservativen und linksextremen Lager könnten Le Pen am Ende ihre Stimmen mehren. Auch das verlängerte Wochenende rund um den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE WISSMANN

Mai 2017

www.kas.de/frankreich

arbeitsfreien Gedenktag am 8. Mai könnte zu leeren Wahllokalen führen.

Politische Gegensätze

Die Stichwahl ist ein Kampf der politischen Gegensätze, die den Wählern etwa in Macrons Heimatstadt Amiens wenige Tage nach dem ersten Wahlgang in aller Deutlichkeit demonstriert wurde. Während Macron Gewerkschaftsvertreter traf, um über die bevorstehende Schließung eines dort ansässigen Werkes des Konzerns „Whirlpool“ zu sprechen, tauchte Le Pen unvermittelt vor den Toren der Fabrik auf und versprach den Arbeitern, das Werk mithilfe von staatlichen Mitteln zu erhalten – sollte sie Präsidentin werden. Propagierter Protektionismus gegen Globalisierung, Austritt aus der EU gegen europäische Einheit. Nicht zuletzt die äußerst aggressiv geführte Fernsehdebatte der beiden Kandidaten machte deutlich, dass Auftreten und Programm von Macron und Le Pen unterschiedlicher nicht sein könnten.

Der ehemalige Wirtschaftsminister **Emmanuel Macron** möchte die verkrusteten Strukturen des politischen Systems aufbrechen. Deswegen ist er „en marche“ (in Bewegung) und dies nach eigenen Aussagen jenseits des rechten und linken Lagers. Seine „Revolution“ (so bezeichnet er selbst sein Programm) möchte er in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Sicherheit und Außenpolitik führen. Auch die demokratische Erneuerung steht ganz oben auf seiner Prioritätenliste. Auf der Suche nach neuen Gesichtern schrieb der 39jährige unlängst auf seiner Homepage den Posten „Abgeordneten kandidat“ für die Parlamentswahlen im Juni 2017 aus, auch Franzosen ohne jegliche politische Erfahrungen seien willkommen. Inzwischen hat die Bewegung „En marche“ jedoch vor allen Dingen Zulauf aus dem sozialistischen und zentristischen Lager. Das Wahlprogramm, das er erst sieben Wochen vor dem ersten Wahlgang veröffentlichte, wurde in 3000 lokalen Workshops diskutiert und durch 500 Experten ausgearbeitet. Herausgekommen ist ein 300 Seiten langes Werk mit dem Titel „Mein Vertrag mit der Nation“.

Bildung als Grundbaustein der Nation

Macron glaubt, dass eine grundlegende Reform des Bildungssystems unumgänglich, denn aktuell biete die Französische Republik keine Bildungsgleichheit für seine Bürger; ein Startnachteil insbesondere für die Bevölkerung in den französischen Problem-Banlieues. Gerade in die Grundschulbildung möchte der ehemalige Wirtschaftsminister mehr Geld stecken; in Grundschulen, die in sozial benachteiligten Gebieten liegen, soll die Klassengröße auf 12 Schüler begrenzt werden. Jeder 18jährige soll vom französischen Staat einen „Kulturpass“ in Höhe von 500€ erhalten, mit dem er Kino-, Theaterbesuche und Bücher finanzieren kann. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit möchte Emmanuel Macron das bisher wenig effiziente Ausbildungssystem Frankreichs reformieren und verstärkt in die Ausbildung in und durch Unternehmen investieren.

Vorsichtige Wirtschaftsreformen

Das Wirtschaftsprogramm von Emmanuel Macron sieht gemäßigte Reformen vor, denn als Wirtschaftsminister machte er bereits die Erfahrung, dass die Franzosen sich nicht zu Reformen zwingen lassen. Sein Programm im Wirtschaftsbereich setzt sich wesentlich aus drei Komponenten zusammen: Der Staat soll modernisiert, die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig und der Arbeitsmarkt reformiert werden. Macron hat vor allen Dingen der Neuverschuldung den Krieg erklärt, diese möchte er bis 2022 auf ein Prozent senken. Gespart werden sollen in den kommenden fünf Jahren rund 60 Milliarden Euro Staatsausgaben, davon 26 Milliarden beim Staatsbudget, 15 Milliarden bei der Krankenversicherung, 10 Milliarden bei den lokalen Behörden und zehn Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung. Er pokert dabei weit unter den Vorschlägen von François Fillon, der im Wirtschaftsbereich weitaus härtere Reformen angehen wollte. Sprach Fillon von 500 000 Stellen, die er im öffentlichen Dienst streichen wollte, beziffert Macron diese Sparmaßnahme auf lediglich 120.000 Stellen. Es soll jedoch nicht beim Sparen bleiben, um Frankreich zu reformieren. 15 Milliarden möchte Macron in den Energiebereich, weitere 15 Milliarden in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE WISSMANN

Mai 2017

www.kas.de/frankreich

Ausbildungen stecken. Unternehmen sollen zusätzlich durch weniger Steuern und Abgaben entlastet werden, so zum Beispiel die Unternehmenssteuer von 33,3 Prozent auf 25 Prozent gesenkt werden.

Ein Staat, der schützt

Null-Toleranz heißt das Motto von Emmanuel Macron im Bereich der Sicherheit. Bei der Polizei sollen 10 000 neue Stellen, in den französischen Gefängnissen 15 000 neue Plätze geschaffen werden. Macron ist bewusst, dass die Terroranschläge der vergangenen zwei Jahre die Franzosen stark verunsichert haben. Deswegen schlägt er die Schaffung eines Generalstabs für innere Sicherheit und den Kampf gegen Terrorismus vor, der die Kompetenzen des Innen- und des Verteidigungsministeriums bündelt. Zwei Prozent des BIP sollen in eine Modernisierung der französischen Armee investiert werden. Der Schutz Frankreichs ist nach Meinung des Pro-Europäers jedoch nur dann gewährleistet, wenn sich alle Mitgliedstaaten der EU solidarisch zeigen. Macron wünscht sich deshalb die Schaffung einer Garde von 500 europäischen Grenzsoldaten, die die europäischen Außengrenzen schützen sollen.

Moralisierung des öffentlichen Lebens

Die Liste der Maßnahmen zur Moralisierung der Politik ist lang und könnte gerade angesichts der diversen Skandale, die den Wahlkampf 2017 begleitet haben, ausschlaggebend für manche Wähler-Entscheidungen sein. Parlamentariern soll es verboten werden, zusätzlich zu ihrem Mandat Beratungsleistungen anzubieten, denn nur so könnten Interessenkonflikte eingrenzt werden. War es den Abgeordneten bisher erlaubt, Familienmitglieder einzustellen, will Macron dieser in Frankreich durchaus geläufigen Praxis den Garaus machen. Auch sollen Abgeordnete nur noch drei Mandate in Folge wahrnehmen dürfen. Macron wünscht sich neue Gesichter in der Nationalversammlung, denn nur so kann seiner Meinung nach die in Frankreich allgegenwärtige Politikverdrossenheit bekämpft werden. Sowohl im Senat als auch in der Nationalversammlung möchte er bis zu ein Drittel der Sitze strei-

chen. Für alle bleibenden Mandate soll ab dann gelten: Strikte Geschlechterparität und finanzielle Abmahnung für Parteien, die diese Regelung nicht beachten.

Der „letzte Europäer“

Als heuchlerisch bezeichnet Macron in seinem Wahlprogramm die Positionen der anderen Kandidaten zu Europa. Denn während die einen seiner Meinung nach das Europa kritisieren, dessen Verträge sie selbst ausgehandelt haben, würden andere den Austritt Frankreichs aus der EU als Allheilmittel für die Krise in Frankreich bewerben. Für Macron gibt es hingegen nur einen Weg: Zuerst muss Frankreich seine Wirtschaft durch strukturelle Reformen wieder in Schwung bringen, denn nur so kann das Land wieder die Budget-Regeln Europas und insbesondere die Maastricht-Kriterien respektieren. Doch auch Europa soll reformiert werden und sich von einer bürokratischen Blase hin zu einem Europa entwickeln, das die Bürger schützt und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet ist. Konkret heißt das für die Bewegung „En marche“: Ausstattung der Eurozone mit einem eigenen Budget, das durch Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone verwaltet wird; Schaffung eines Digital- und Energiebinnenmarktes und Weiterentwicklung eines „Europas der Verteidigung“ durch die Schaffung eines Verteidigungsfonds und eines europäischen Kommandos. Um Europa auch den Bürgern wieder näher zu bringen, möchte Emmanuel Macon das Programm Erasmus auch für Auszubildende zugänglich machen und sogenannte Bürger-Konventionen in ganz Europa initiieren.

Das Wahlprogramm von **Marine Le Pen** präsentiert sich wie erwartet protektionistisch, populistisch und nationalistisch. Zu den wichtigsten Projekten gehört die „Wiederherstellung von Frankreichs „nationaler Souveränität“,“ notfalls mithilfe einer Verfassungsänderung. Die Forderung „Frankreich zuerst!“ erinnert an die Wahlkampfrhetorik von Donald Trump und zieht sich durch die 144 Vorschläge des Programms, das sich wie eine Geschenkliste lesen lässt, welche sich allerdings ausschließlich an Franzosen richtet. Wie auch in ihren Reden ist ihr Pro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE WISSMANN

Mai 2017

www.kas.de/frankreich

gramm eher darauf ausgerichtet, Begriffe zu besetzen, als sie zu erklären. Daher erscheinen ihre Vorschläge oft ohne Zusammenhang, mitunter inhaltslos und unbegründet.

Verbleib in der EU soll neu verhandelt werden

Den Verbleib Frankreichs in der EU wird der FN von etwaigen Verhandlungen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten abhängig machen. Dabei will Marine Le Pen die Rückübertragung von „vier Souveränitätsrechten“ an Frankreich aushandeln: Geldpolitik, Gesetzgebung, Haushalts- und Wirtschaftspolitik sowie Grenzen. Sollten die anderen Mitgliedstaaten ihre Forderungen über eine Neuausrichtung der EU nicht akzeptieren, werde Le Pen das französische Volk nach dem britischen Vorbild mit einem Frexit-Referendum vor die Wahl stellen. Was wie eine Option klingt, ist tatsächlich reines Kalkül, denn Le Pen weiß sehr wohl, dass die Mehrheit der Franzosen (70 Prozent) gegen einen Austritt Frankreichs aus der EU ist. Ginge es jedoch nur nach der FN-Chefin, soll Frankreich das „Bürokratiemonster EU“ sofort verlassen und am besten direkt zum Franc zurückkehren. Das wird an auffällig vielen Stellen deutlich, wie der vagen Absicht den „unnötigen öffentlichen Ausgaben ein Ende zu setzen, vor allem für die EU und die Migrationspolitik.“ Klar ist, dass ihre Pläne einer Aufkündigung des deutsch-französischen Bündnisses gleichkämen. Dieses findet jedoch im Programm keine Erwähnung, denn auch den Bruch mit Deutschland wünschen sich nur wenige Franzosen.

Franzosen zuerst

In mehreren französischen Gesetzen soll das Prinzip der „nationalen Priorität“ verankert werden. Franzosen sollen den Vorzug beispielsweise bei Arbeitsplätzen und Sozialwohnungen erhalten. Die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit will Le Pen mit einer Steuer auf Arbeitsverträge von (EU-) Ausländern unterbinden. Gleichzeitig will der FN die Einwanderung nach Frankreich – nicht zuletzt durch die Schließung der Landesgrenzen – massiv einschränken. Überhaupt

ist der Zuwanderungsstopp – wie auch schon bei vorangegangenen Wahlen – eines der Kernthemen des FN. Konkret soll das Migrationsaldo, also Einwanderung minus Auswanderung, von derzeit rund 40.000 pro Jahr auf 10.000 gesenkt werden. Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen leichter abgeschoben werden, die Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft soll durch die Umwandlung des Geburtsortsprinzips (ius soli) ins Abstammungsprinzip (ius sanguinis) erschwert werden. Auch die doppelte Staatsbürgerschaft soll (für EU-Ausländer) abgeschafft werden – ein Umstand, der etwa 3,3 Millionen Franzosen betreffen würde. Stattdessen sollen die Franzosen wieder stolz auf sich sein, nicht nur auf ihre Herkunft, sondern auch auf ihre Ererungenschaften, weshalb der FN vorschlägt, die Geschichte Frankreichs in Schulbüchern „positiv“ umzuschreiben.

Wirtschaftsprotektionismus

Aus der andauernden Wirtschaftskrise soll Frankreich mit „intelligentem Protektionismus“ herausgeführt werden. „Wirtschaftspatriotismus“ nennt der FN das diskriminierende Vorgehen, bei dem heimische Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt und damit vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden sollen. Auf Freihandelsverträge (TTIP, CETA, etc.) will sich Le Pen gar nicht erst einlassen. Importierte Waren und Dienstleistung sollen außerdem mit einer Sondersteuer von drei Prozent belegt werden. Mit diesem Geld soll eine Prämie für Geringverdiener und Rentner finanziert werden - zwei wichtige Zielgruppen des Front National.

Anti-Terror-Kampf

Im Kampf gegen den Terror verfolgt der FN eine „Null-Toleranz-Politik“: So sollen ausländische Straftäter automatisch und sofort abgeschoben werden, Moscheen mit radikalen Predigern geschlossen werden. Durch die Einstellung von 15.000 zusätzlichen Polizisten, will Le Pen problematische Vorstädte, die sog. Banlieues, „entwaffnen“. Für die Straftäter will sie zudem 40.000 neue Gefängnisplätze bauen lassen.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE WISSMANN

Mai 2017

www.kas.de/frankreich

Als Verfechterin der nationalen Solidarität will Le Pen Frankreich um jeden Preis vor der internationalen Einmischung in nationale Angelegenheiten schützen. Sie plädiert daher nicht nur für einen Austritt aus der EU, sondern auch aus der NATO, damit Frankreich „nicht in Kriege hineingezogen werde, die nicht die seinigen seien“, heißt es im Programm. Schließlich – so Le Pen – hätten diese Mitgliedschaften Frankreich als militärische und außenpolitische Macht geschwächt. Stattdessen will der FN aufrüsten: nicht nur mehr Waffen, sondern auch 50.000 zusätzliche Soldaten soll die französische Armee bekommen. Bis zum Ende der Amtszeit soll das Verteidigungsbudget für deren Finanzierung dann bei drei Prozent des BIP liegen. Außenpolitisch will der FN den Zusammenschluss mit natürlichen Verbündeten suchen, die die „französischen Werte“ teilen, was aus der Sicht von Le Pen gesehen einen Hinweis darauf gibt, dass damit nicht Deutschland, sondern Russland und die frankophonen afrikanischen Staaten gemeint sind.

Eine Hintertür bei der Todesstrafe

Die Befürwortung der Todesstrafe durch den FN findet zwar keine Verankerung im Wahlprogramm. Jedoch will sie bei besonders schweren Straftaten lebenslange Gefängnisstrafen ohne Aussicht auf Haftentlassung einführen. Eine Hintertür für die 1981 abgeschaffte Kapitalstrafe findet sich allerdings im Vorschlag sogenannter „Volksinitiativen“, was eine Anregung für die Bevölkerung darstellt, auf diesem Wege eine Rückkehr zur Todesstrafe beschließen zu können.

ⁱ <http://www.ipsos.fr/decrypter-societe/2017-04-23-presidentielle-2017-emmanuel-macron-favori-pour-second-tour>